

Wahlprüfsteineⁱ

An die zur Bundestagswahl 2017 antretenden Parteien

Die deutsche Bundesregierung wird regelmäßig von internationalen Institutionen wie der UNO (CEDAW Bericht) und der OECD (Bericht zur Gleichstellung der Geschlechter) für ihre unzureichende Gleichstellungspolitik gerügt.

Deutschland gehört im Hinblick auf die Geschlechtergleichstellung in vielen Bereichen immer noch zu den Schlusslichtern in der Europäischen Union, so in Bezug auf den Schutz von Frauen vor Diskriminierung und Gewalt, bei der Gleichstellung im Arbeitsleben (equal pay) und in den sozialen Sicherungssystemen. Auch bei den gesellschaftlichen Bedingungen für Familien- und Sorgearbeit und bei der Verteilung von Nachteilen und Lasten, die daraus entstehen, besteht ein Umsetzungsdefizit des staatlichen Auftrags zur Gleichstellung (Art.3 Abs. 2 GG u.a.).

Ursachen für den zu verzeichnenden Stillstand sind die unabgestimmten, widersprüchlichen und z.T. gegenläufigen Politiken in den verschiedenen Politikfeldern (siehe bereits den 1. Gleichstellungsbericht der Bundesregierung, Deutscher Bundestag, Drucksache 17/6240, 16.06.2011). Ebenso fehlt eine Verständigung darüber, welchen Qualitätsansprüchen die Regierungsarbeit in Bezug auf die demokratische Entwicklung der Geschlechterverhältnisse genügen soll. So werden Standards für gute Regierungsführung (good governance) wie die Anwendung von systematischer Folgenabschätzung (Gender Mainstreaming) und eine Ziel- und Wirkungsorientierung (Gender Budgeting) nicht umgesetzt.

Wir als Wählerinnen, Bürgerinnen und als Expertinnen für Gleichstellung in unterschiedlichen Politikfeldern, sowohl in öffentlichen als auch in privaten Institutionen, haben darum einige sehr konkrete Fragen an Ihre Partei als mögliche Partnerin in einer zukünftigen Regierung.

Aufgrund unserer Erfahrung mit Wahlprüfsteinen (siehe http://www.gmei.info/GMEI_Wahlpruefsteine_2013.pdf), bitten wir Sie ausdrücklich um die **konkrete** Beantwortung der Fragen. Ihr Parteiprogramm liegt uns vor und dort finden wir keine ausreichenden Informationen zu unseren Themen, weshalb wir uns direkt an Sie wenden.

A) Organisation von Regierungsarbeit

1.1 Welche Maßnahmen werden Sie im Hinblick auf die Organisation und Führung der politischen Administration ergreifen, um dem in der Verfassung formulierten Auftrag nachzukommen, die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern zu fördern?

1.2 Wie werden Sie dem in ihrer inhaltlichen Regierungsarbeit **systematisch in allen Politikbereichen** Rechnung tragen? Bitte machen Sie dies an konkreten Beispielen deutlich.

1.3 Wie werden Sie hierfür die international anerkannten **Strategien des Gender Mainstreaming (durchgängige Gleichstellungsorientierung) und des Gender Budgeting (ziel- und wirkungsorientierte Haushaltsführung)** in Ihrer Regierungs- und parlamentarischen Arbeit nutzen?

1.4 Welche Bedeutung messen Sie der bewussten Gestaltung der **öffentlichen Mittelverwendung** bei der „tatsächlichen Durchsetzung der Gleichberechtigung“ (Art 3 Abs 2) bei?

1.5 Welches Interesse haben Sie, Klarheit über die Wirkungen der öffentlichen Mittelverwendung mit dem Ziel der Gleichstellung u.a. durch Folgeabschätzungen zu erhalten?

1.6 Was werden Sie zur Herstellung von Transparenz unternehmen?

1.7 Wie werden Sie hierfür die Anregungen aus dem Alternativbericht zu **CEDAW** (Alternativbericht der CEDAW-Allianz in Deutschland 2016, vgl. <http://www.gmei.info/index.php/gmei-kompakt>) aufnehmen?

*Obwohl in anderen europäischen Ländern üblich, fehlt in Deutschland ein **koordiniertes Wissensmanagement**, um die politikfeldspezifischen Forschungsergebnisse und das Wissen aus der Praxis für die Gleichstellungspolitik zusammenzutragen und es für die Politikentwicklung und gute Regierungsführung (Folgenabschätzung, Wirkungsorientierung) zu nutzen. Dies kann, so zeigt die Erfahrung mit dem Gender-Kompetenzzentrum der Bundesregierung (2003- 2010), öffentliche Stellen und Exekutiven dabei unterstützen, bessere Politikentwicklung und -umsetzung zu leisten.*

1.8 Wie stehen Sie zur Einrichtung eines **unabhängigen Instituts**, das gleichstellungspolitisch relevantes Wissen für die Politikentwicklung bündelt, erarbeitet und bereit stellt?

1.8.1 Wie sollte die Regierung die Arbeit eines solchen Instituts nutzen?

1.8.2 Wie wären Expertinnen und Experten sowie Bürgerinnen und Bürger daran zu beteiligen?

B) Finanzpolitik

Das tradierte System der Besteuerung führt zu erheblichen Steuer- und Abgabenbelastungen, die vor allem Frauen treffen und deren Erwerbstätigkeit behindern.

2. Welche Maßnahmen planen Sie, um die durch das **Ehegattensplitting**, **Lohnsteuerklasse V**, die **unzureichende steuerliche Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten** sowie die **steuerliche Privilegierung geringfügiger Beschäftigung** gesetzten Erwerbshürden für die Person mit dem je geringeren Einkommen zu beseitigen?

C) Alterssicherung

Nicht nur wir verzeichnen eine Zunahme von Altersarmut speziell bei Frauen.

3.1 Welche Maßnahmen sind geplant, um die eklatante **Differenz der Alterseinkünfte** zwischen Männern und Frauen zu reduzieren?

3.2 Angesichts der aktuellen Betonung der zweiten und dritten Säule der Alterssicherung: Wie soll die durch Einkommens- und Erwerbsstrukturen von Frauen bedingte unzureichende Teilhabe an der **Förderung der privaten und betrieblichen Altersvorsorge verbessert** werden (s. z.B. Spangenberg in APUZ 10-11/2013)?

3.3 Was halten Sie vom Abbau der zweiten und dritten Säule der Alterssicherung zugunsten der **Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung**?

Das Thema Altersarmut betrifft insbesondere Solo-Selbständige, unter denen besonders viele Frauen sind. Ein spezielles Thema ist die „Einbindung der Solo-Selbständigen in die gesetzliche Rentenversicherung“.

3.4 Was halten Sie von Vorschlägen, **Solo-Selbständige**, die nicht über berufsständische Versicherungswerke abgesichert sind, in die Künstlersozialkasse aufzunehmen oder durch andere Versicherungsmöglichkeiten gleichwertig zu **versichern**, ohne die Wirtschaftlichkeit der Selbständigkeit zu gefährden?

D) Lohngerechtigkeit

*Der **Gender Pay Gap** in Deutschland liegt - laut Angaben des Statistischen Bundesamtes - im Jahr 2015 bei 21% (8% in den "neuen" Bundesländern und 23% in den "alten" Bundesländern).*

4.1 Welche Regelungen zur Überwindung der **Entgeltungleichheit** zwischen Frauen und Männern sowie der ungleichen Bezahlung von sogenannten Frauen- und Männerberufen halten Sie für notwendig und wie wollen Sie diese umsetzen?

4.2 Welchen Handlungsbedarf sehen Sie, um die private Versorgungsarbeit (**Care-Arbeit**) als gleichwertig zur Erwerbsarbeit anzuerkennen und die Existenz derer zu sichern, die sie leisten?

E) Stärkung der Demokratie

In Deutschland tragen die Politik und die öffentlichen Verwaltungen mit Gleichstellungspolitik dazu bei, das demokratische Selbstverständnis von der Freiheit von Diskriminierung, dem

Recht auf gleiche Teilhabe und der Wahlfreiheit in Fragen der Lebensführung umzusetzen. Dieser gesellschaftliche Konsens wird aktuell von der Neuen Rechten mit fragwürdigem Argumenten und Gebaren infrage gestellt und diskreditiert.

5.1. In welcher Form werden Sie sich zu **demokratischen Grundwerten und emanzipativen Rechtsansprüchen** von Wahlfreiheit und Selbstbestimmung, insbesondere den Frauenrechten bekennen, und deren Infragestellung entgegenreten?

5.2 Aktuell werden auch **Frauenrechte** sowie Rechte geschlechtlicher Minderheiten gegen Familienförderung ausgespielt. Welche reproduktiven Rechte halten Sie für unantastbar:

- Die Beibehaltung der rezeptfreien Abgabe der „Pille danach“?
- Die aktuellen Regelungen zur Abtreibung?

5.3 Werden Sie sich für politische Initiativen zur sexuellen Selbstbestimmung grundsätzlich einsetzen, und wenn ja, für welche in besonderer Weise?

5.4 Wie sehen Sie eine Modernisierung des **Personenstandsrechts**, um das Recht auf Selbstbestimmung auch von transsexuellen Menschen umzusetzen?

5.5 Welchen Handlungsbedarf sehen Sie bezüglich der Bedingungen von **Intersexuellen**, insbesondere Kindern und deren Eltern, bei der Wahrnehmung des Rechts auf Selbstbestimmung?

Eine Form der Diskreditierung von Gleichstellungspolitik ist die Leugnung gesellschaftlicher, geschlechterbasierter Strukturen, z.B. in Entscheidungszentren, auf dem Arbeitsmarkt, etc. Um ein solches reduktionistisches, individualistisches Verständnis von Gesellschaft zu vertreten, wird der Begriff Gender, mit dem sozio-ökonomische Strukturen beschrieben und deren Auswirkungen analysiert werden können, verunglimpft. Insbesondere die sozial- und kulturwissenschaftliche Genderforschung (früher Frauen- und Geschlechterforschung) wird diskreditiert, bis hin zu direkten Attacken und Bedrohungen von Vertreter_innen dieser Disziplin.

5.6 Welche Haltung vertreten Sie zu dem Begriff **Gender als sozio-ökonomischer Kategorie**?

5.7 Wie wollen Sie dazu sicherstellen, dass **Frauen- und Geschlechterforschung** weiterhin wissenschaftliche Grundlagen für die Politikentwicklung und gesellschaftspolitische Reformen erarbeiten kann?

Gleichstellung und Frauenrechte werden in aktuellen Debatten häufig auch für die hierarchische Abgrenzung gegen andere Kulturen und die pauschale Diffamierung von Personen aus anderen Kulturkreisen missbraucht. Ein Beispiel ist die Diskussion um die Sicherheit von Frauen im öffentlichen Raum. Die Dramatisierung von angeblichen Gefahren

ist ein altes Muster, um Hass gegen Fremde und als „Andere“ Definierte zu schüren und bis heute ein subtiles Mittel zur Absicherung männlicher Dominanz im öffentlichen Raum.

5.8 Wie wollen Sie der **Funktionalisierung von Frauen** für Fremdenhass entgegenwirken?

F) Menschenrechte in Deutschland

Im letzten Jahr hat Deutschland viele Geflüchtete aufgenommen. Gemäß der Genfer Flüchtlingskonvention haben sie einen Schutzanspruch vor weiterer Gewalt und Diskriminierung. Diesen Schutz zu gewährleisten ist eine vordringliche Aufgabe des Aufnahmelandes. Doch auch in Deutschland sind Frauen, Kinder und sowie homo- oder transsexuelle Menschen sexualisierter Gewalt und Diskriminierung ausgesetzt. Die Asylrechtsänderungen von 2015 und 2016 haben das noch einmal verschärft.

6.1 Wie wollen Sie legale und sichere **Einwanderungsmöglichkeiten für Geflüchtete** nach Deutschland schaffen?

6.2 Wie wollen Sie sicherstellen, dass spezifische **Fluchtgründe von Frauen und Mädchen** in Asylverfahren systematisch und verstärkt berücksichtigt werden?

6.3 Wie wollen Sie erreichen, dass geflüchtete Frauen und Kinder entsprechend ihrer besonderen **Schutzbedürfnisse** untergebracht und unterstützt werden?

6.4 Durch die Einschränkung des Familiennachzugs besteht für Frauen und Mädchen die Gefahr, dass sie sich gezwungen sehen, auf gefährlichen Fluchtwegen den Weg nach Europa anzutreten. Wie wollen Sie in dieser Hinsicht zum Schutz von Frauen und Mädchen beitragen?

Wir bedanken uns für Ihre Mühe, unsere Fragen zu beantworten und bitten Sie um die Erlaubnis, die Antworten auf unserer Webseite veröffentlichen und verlinken zu dürfen.

Mit Dank

GMEI – Gender Mainstreaming Experts Internationalⁱⁱ

ⁱ Elektronisch ist der Text über www.gmei.info verfügbar.

ⁱⁱ Das Netzwerk GMEI besteht aus Expertinnen, die über umfangreiche praktische Erfahrungen und ausgewiesene Expertise in der Gender Mainstreaming Umsetzung sowie über fundierte Theoriekenntnisse aus der aktuellen Frauen- und Geschlechterforschung verfügen. Dies beinhaltet ein Verständnis von Gender Mainstreaming als emanzipative und transformative Strategie, die an der Veränderung von politischen und administrativen Prozessen ansetzt, um bestehende Benachteiligungen abzubauen, neue Benachteiligungen zu verhindern und die Gleichstellung von Frauen und Männern zu fördern. www.gmei.info